

Position : **Steuerwesen & Finanzpolitik**

► **99%-Initiative: Klassenkampf-Rhetorik auf dem Buckel des Unternehmertums**

Die von den Jungsozialisten lancierte Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative) möchte Kapitaleinkommensteile über einem bislang undefinierten Schwellenwert im Umfang von 150 Prozent besteuern.

Die die 99%-Initiative der Juso lehne ich entschieden ab. Die Massnahmen hätten für einen breiten Bevölkerungs- und Unternehmenskreis eine erhöhte Steuerbelastung zur Folge. Der Handlungsbedarf wird von den Initianten zudem stark verzerrt dargestellt.

Weder ist bei der Vermögensverteilung noch beim bestehenden Steuersystem der Handlungsbedarf gegeben noch wären die geplanten Massnahmen zielführend.

► **Kein Handlungsbedarf bei Vermögensverteilung und Steuersystem!**

Die 99%-Initiative bedient sich aus der Zeit gefallener Klassenkampf-Argumente. Diese stützt sie auf Aussagen zur Einkommens- und Vermögensverteilung, die zu kurz greifen.

So werden zwecks reisserischer Aussagen zur Vermögensverteilung geflissentlich die Pensionskassenvermögen der Bevölkerung ausgeklammert.

Fakt ist hingegen, dass die Vermögen der Schweizer Bevölkerung seit Jahren bei stabiler Verteilung wachsen und auch die Verteilung von Arbeit und Kapital am gesamtwirtschaftlichen Einkommen stabil ist.

Auch beim Steuersystem ist der Handlungsbedarf nicht gegeben. Die Schweiz kennt ein System mit einer ausgewogenen Kapitalbesteuerung.

Diese umfasst eine mittlere bis hohe Dividendensteuer, eine – im internationalen Vergleich unübliche – Vermögenssteuer und eine progressive Einkommenssteuer, die auch Kapitalerträge erfasst.

Die einkommensstärksten und vermögendsten natürlichen Personen leisten deshalb bereits heute einen stark überproportionalen Beitrag an die Steuereinnahmen.

► Massnahmen nicht zielführend!

Die Massnahmen sind nicht zielführend. Auch deshalb ist die zusätzliche Besteuerung der Kapitaleinkommen abzulehnen.

Sie hätte eine breite Betroffenheit der Mittelschicht zur Folge: Start-ups, Kleinanleger, Eigenheimbesitzer, Landwirte, KMU – sie alle wären potenziell von einer erhöhten Steuerbelastung betroffen.

Die finanzielle Mehrbelastung der KMU wäre gerade hinsichtlich der Bewältigung der Corona-Krise kontraproduktiv und stünde im Widerspruch zu den Milliarden an staatlichen Hilfszahlungen.

Auch würde die Initiative Nachfolgelösungen für KMU erschweren und mittelständische Firmenstrukturen gefährden.

Als grosser Unsicherheitsfaktor für die Wirtschaft ist die schwammige Formulierung des Initiativtextes, der auf eine Definition des relevanten Schwellenwertes verzichtet, zu verstehen.

«Arbeit und Leistung müssen sich weiterhin lohnen, nur so sind das Bildungssystem, die Infrastruktur oder die Sozialversicherungswerke nachhaltig zu finanzieren»

Aus all diesen Gründen ist die die 99%-Initiative entschieden abzulehnen und am 26.September mit einem **NEIN an der Wahlurne zu bekräftigen.**

Ludwig Loretz, Landrat FDP



Andermatt, 1. September 2021